

BUNDESMINISTERIUM FÜR



LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

Das Lebensministerium

An das
Präsidium
des Nationalrates
Parlament
Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 Wien

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl.	11-GE/19.96
Datum:	6. MRZ. 1996
Verteilt	7.3.96

J. Andorfer

Wien, am 1996 03 05

Ihr Zeichen/Ihre Geschäftszahl
Ihre Nachricht vom

Unsere Geschäftszahl

04020/01-Pr.A2/96

Sachbearbeiter(in)/Klappe

MR Mag. Andorfer/6884

Betreff:

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, das Gehalts-
gesetz 1956, das Vertragsbedienstetengesetz
1948, das Pensionsgesetz 1965 u.a. geändert
werden.
(Stabilisierungspaket 1996 und 1997);
Ressortstellungnahme

In der Beilage übermittelt das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft 25 Ausfertigungen der ha. Ressortstellungnahme zum Gesetzesentwurf des Bundeskanzleramtes, GZ. 921.020/3-II/A/1/96 vom 23. Februar 1996, mit welchem das BDG 1979, das Gehaltsgesetz 1956, das Vertragsbedienstetengesetz 1948 u.a. geändert werden, mit dem Ersuchen um Kenntnissnahme.

Für den Bundesminister:

Mag. Andorfer

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:



PRÄSIDIALSEKTION

BUNDESMINISTERIUM FÜR



LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

Das Lebensministerium

An das
Bundeskanzleramt
Abteilung II A 1
Ballhausplatz 2
1014 Wien

Wien, am 1996 03 05

Ihr Zeichen/Ihre Geschäftszahl
Ihre Nachricht vom

Unsere Geschäftszahl

04020/01-Pr.A2/96

Sachbearbeiter(in)/Klappe

MR Mag.Andorfer/6884

Betreff:

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, das Gehalts-
gesetz 1956, das Vertragsbedienstetengesetz
1948, das Pensionsgesetz 1965 u.a. geändert
werden.
(Stabilisierungspaket 1996 und 1997);
Ressortstellungnahme

Unter Bezugnahme auf die do. Aussendung vom 23. Februar 1996, GZ.
921.020/3-II/A/1/96 wird im Gegenstand wie folgt Stellung genom-
men:

Da der aus dem vorliegenden Gesetzesentwurf resultierende Beitrag
des öffentlichen Dienstes zum Stabilisierungsprogramm der Bundes-
regierung für die Jahre 1996 und 1997, dem die Gewerkschaft öf-
fentlicher Dienste ihre Zustimmung erteilt hat, die von der Novel-
le erfaßten öffentlich Bediensteten, und zwar sowohl des Aktiv-
wie auch des Ruhestandes einheitlich trifft, erscheint eine res-
sortspezifische Stellungnahme - bis auf einen Punkt - entbehrlich.

Ergänzend zu Art. XI (div. Novellierungen des LLDG 1985) wird um
Berücksichtigung des folgenden Ergänzungsbegehrens ersucht:

Das ha. Ressort hat unter dem Gesichtspunkt der jeweils verschie-
denen regionalen Entwicklungen in der Land- und Forstwirtschaft -
wie etwa für Regionen, in denen strukturell bedingt die Anzahl der
Nebenerwerbslandwirte stark ansteigt, zur Aufrechterhaltung einer
auch gesamtwirtschaftlich dringend notwendig funktionierenden
Land- und Forstwirtschaft die Möglichkeit gleichsam eines "zweiten
Bildungsweges" an land- und forstwirtschaftlichen Fachschulen



PRÄSIDENTIALSEKTION

